

Die Ostschweiz im Sog der Revolution

Das Konstanzer Rosgartenmuseum zeigt, wie unsere badischen Nachbarn vor 175 Jahren für die Demokratie kämpften.

Rolf App

Es ist eine Auseinandersetzung, wie sie schroffer kaum sein könnte. Als der Regierungschef des Grossherzogtums Baden sich im Mai 1848 über die vielen Flüchtlinge aus dem Badischen beklagt, die sich in der Schweiz unmittelbar an der Grenze aufhalten, viele davon in Kreuzlingen, bekommt er von der Schweizerischen Tagsatzung eine geharnischte Abfuhr.

Die Schweiz werde auf das schöne Recht, unglücklichen politischen Verfolgten Asyl zu gewähren, in keiner Weise verzichten, wird ihm erklärt. Denn es liege im Wesen und in der Stellung der Republik, den wegen Meinungen und Gesinnungen Verbannten eine letzte Zufluchtsstätte zu gewähren.

Überall in Europa brodel es

Was da vor 175 Jahren geschieht in unmittelbarer Nähe der Ostschweiz, zeigt eindrücklich jene Ausstellung über die Revolution von 1848 bis 1849 in Baden und am Bodensee im Konstanzer Kulturzentrum am Münster, die heute eröffnet wird und die den Titel trägt: «Jetzt machen wir die Republik!» Denn was in der Schweiz nach dem kurzen Sonderbundkrieg von 1847 und mit der Arbeit an einer Bundesverfassung bereits auf bestem Weg ist, das steckt andernorts noch in den Kinderschuhen.

Überall in Europa brodel es: In Frankreich, wo die Februarrevolution ein erstes Ausrufezeichen setzt. In Österreich-Ungarn, wo der allmächtige Kanzler Metternich nach einem Aufstand fliehen muss. In Italien, wo heftige Kämpfe toben. Und in Deutschland, wo liberale und demokratische Kreise schon länger nicht nur für eine Demokratisierung werben, sondern auch für den Zusammenschluss des aus 38 kleinen und grösseren Einzelstaaten bestehenden Staatsgebildes.

Eine grosse Volksversammlung im badischen Mannheim fordert Volksbewaffnung, Pres-



Idealisierte Darstellung von Heckers Rolle als Feldherr: Mutig führt er die Revolutionstruppen gegen die Soldaten des Deutschen Bundes.

Bild: Rosgartenmuseum Konstanz

sefreiheit, eine unabhängige Justiz und ein gesamtdeutsches Parlament.

Lebhaft willkommen geheissene Flüchtlinge

Die Schweiz, insbesondere die Ostschweiz, spielt trotz ihrer Neutralität in diesen revolutionären Vorgängen eine unübersehbar wichtige Rolle. Hier werden jene Druckschriften und Flugblätter gedruckt, mit denen die neuen Ideen in Umlauf gebracht werden. Von hier aus reisen über eine wenig gesicherte Grenze jene Anführer, die schon bald polizeilich gesucht werden.

Und hierhin flüchten zuletzt an die 10 000 Menschen, nachdem preussische Truppen 1849 auch das letzte Aufflackern des Widerstands mit jenen modernen Zündnadelgewehren erstickt haben, die in der Ausstellung zu sehen sind. «Die

Schweiz ist ein armes Land, trotzdem werden diese Flüchtlinge von der Bevölkerung lebhaft willkommen geheissen, denn sie teilen ihre Anschauungen», sagt der Museumsleiter Tobias Engelsing.

Engagement für Abraham Lincoln

Engelsing hat die Ausstellung gestaltet, die Begleitpublikation verfasst, einen Begleitfilm in Auftrag gegeben und auch jene Figur anfertigen lassen, die nun geradezu lebensecht vor uns steht. Es ist Friedrich Hecker, ungeheuer populärer Verfechter republikanisch-demokratischer Forderungen, der im März 1848 mit seinen Anhängern von Konstanz aus aufbricht, um, wie er hofft, eine Lawine loszutreten.

Doch die Unterstützung insbesondere aus der Landbevölkerung hält sich in Grenzen.

Hecker flieht, später wandert er in die USA aus, engagiert sich für Abraham Lincoln und kämpft im Bürgerkrieg. Seine zahlreichen, zur Ausstellungseröffnung anreisenden Nachkommen haben

jene Erinnerungsstücke aufbewahrt, die zu den Prunkstücken der Ausstellung zählen.

So rasch er scheitert – dieser «Heckerzug» setzt Konstanz auf die Landkarte einer Revolution,



Friedrich Hecker spricht im April 1848 vom Balkon des Stadthauses zu einer aufgebrachten Konstanzer Volksmenge.

Bild: Tuschezeichnung von Gebhard Gagg, 1895/Rosgartenmuseum Konstanz

an der viele mitwirken. Auch Frauen, obschon die fortschrittlich gesinnten Männer deren Engagement nur widerwillig sehen. Eine von ihnen, die Genferin Marie Pouchoulin, verliebt sich in Amand Goegg, den in die Schweiz geflohenen Finanzminister der badischen Revolutionsregierung, und ruft 1868 die erste internationale Frauenbewegung ins Leben.

Eine Zeit lang hoffen insbesondere die Jüngeren unter den Flüchtlingen, es könnte noch einmal ein Aufflammen der Revolution geben. Dann aber gehen viele zurück. Oder sie wandern aus, wenn sie in der alten Heimat verfolgt werden. Ohnehin hat sich in der Schweiz die Stimmung eingetrübt, mehr und mehr werden die vielen Flüchtlinge als Last empfunden. Und auch der Bundesrat muss dem Druck aus dem Ausland mehr und mehr nachgeben. Er verlegt die Flüchtlinge ins Landesinnere und lässt ihre Anführer ausweisen, worauf ein Sturm der Entrüstung durch den Blätterwald geht.

«So haben wir Neutralität nicht verstanden»

«Die Schweiz kann nicht mit Ehren ein preussischer Polizeidiener sein», schreibt bissig der «Berner Verfassungsfreund», und die NZZ erklärt: «So haben wir die Neutralität nicht verstanden. Wir haben keinen Ausdruck für unseren Schmerz.» Auch der Thurgau klagt, es habe bisher als Ehrensache gegolten, politisch Verfolgte gastlich aufzunehmen.

Doch erweichen lässt sich die Landesregierung nicht. Als 1850 Gerüchte um einen bevorstehenden Einmarsch deutscher Truppen die Runde machen, geht sie auch gegen die deutschen Arbeitervereine vor, in denen sozialistisches und kommunistisches Gedankengut gepflegt wird.

Die Ausstellung «Jetzt machen wir Republik!» ist im Kulturzentrum und Gewölbekeller am Konstanzer Münster bis am 7. Januar 2024 zu sehen.

Thurmed mit Gewinn von 23 Millionen

Steigende Personalaufwände werden das Ergebnis der Thurmed-Gruppe in Zukunft deutlich verschlechtern.

Die Spital Thurgau betreute 2022 so viele Patienten wie noch nie, schreibt die Thurmed-Geschäftsleitung in einer Medienmitteilung. Das Geschäftsjahr 2022 sei mit einem Gewinn von 23 Millionen Franken hervorragend verlaufen und mit einer Ebitdar-Rate (Resultat vor Miete und Abschreibungen) von 11 Prozent betriebswirtschaftlich nachhaltig. «Dies ist umso eindrücklicher, wenn man sich vor Augen führt, dass die Mehrheit der Schweizer Spitäler teils massive Verluste machte.»

Der Trend «ambulant vor stationär» hat sich fortgesetzt, das ambulante Wachstum lag

deutlich über dem stationären. Dennoch waren täglich durchschnittlich 35 Betten mehr belegt als 2021. Dabei stieg die Anzahl der Zusatzversicherten überproportional. Die Thurmed-Gruppe war laut Mitteilung fast ausnahmslos aufnahmefähig, während alle Spitäler in der Nachbarschaft über die coronabedingte Situation hinaus immer wieder Aufnahmestopps hätten verhängen müssen.

Als einer der letzten Bereiche wird seit Anfang 2022 die Chirurgische Klinik der beiden Akutspitäler Frauenfeld und Münsterlingen standortübergreifend und seit Januar 2023 durch eine einzige Direktion ge-

führt. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, baute die Thurmed-Gruppe den Geschäftsleitungsbereich «Technologie und Innovation» auf. In der Psychiatrie erfolgte der plangemässe Ausbau der Forensik. Die Rehaklinik St. Katharinen trieb ihre Professionalisierung erfolgreich voran, was zu einem Zuwachs von über 10 Prozent Patienten und insbesondere auch ausserkantonalen Zuweisungen führte, wie es in der Mitteilung heisst.

Über 150 neue Vollzeitstellen geschaffen

Um das grosse organische Wachstum 2022 bewältigen zu

können, wurden über 150 neue Vollzeitstellen geschaffen – und konnten besetzt werden. Die



Die Spital Thurgau betreute im Jahr 2022 so viele Patienten wie noch nie.

Bild: PD

Thurmed-Gruppe zählt knapp 5000 Mitarbeitende.

Sie zahlt als eine der wenigen Spitalgruppen in der Schweiz Steuern und liefert ihrem Eigentümer, dem Kanton Thurgau, eine Dividende. Die per 2023 durchschnittlich um 3,5 Prozent erhöhten Löhne werden – zusammen mit den zusätzlich geschaffenen Stellen – auf der Kostenseite erst in Zukunft durchschlagen. Diese Massnahmen sind aus Sicht der Thurmed-Geschäftsleitung notwendig, um die benötigten Fachkräfte zu halten. Daraus folge, dass die Tarife 2024 mindestens fünf Prozent höher liegen müssten als 2019. (red)

Austausch über Grenzverkehr

Regierungstreffen Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann hat sich am Dienstag mit der St. Galler Regierung getroffen: Im Zentrum des Austausches stand der öffentliche Personenverkehr. Die Delegation aus Deutschland war laut Staatskanzlei besonders an der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Tarifverbund Ostschweiz, der Weiterentwicklung des Verbunds sowie den Tarifstrukturen im grenzüberschreitenden Verkehr interessiert. Der Verkehrsminister besuchte auch Winterthur und Schaffhausen, Feldkirch und Bregenz, wo er sich ebenfalls über Finanzierung und Aufgaben des Personennahverkehrs informierte. (red)